



Gefährliche Nähe zu einer Konfliktpartei: Die Verflechtungen zwischen Politik und Journalisten sind sehr eng.

Krieg in den Redaktionen

In kaum einem Land werden so viele Journalisten bedroht und getötet wie in Kolumbien. Dass zunehmend Reporter in den bewaffneten Konflikt mit hineingezogen werden, hat eine Debatte über einseitige Berichterstattung in Gang gesetzt.

Seit Jahrzehnten werden sie von Autobomben der linken Guerilla zerrissen, von Kugeln der rechten Paramilitärs durchsiebt.

Du hast 15 Minuten Zeit abzuholen, oder du bist tot.“ Es ist nicht die erste Morddrohung, die Jineth Bedoya erhält. Seit Wochen berichtet sie über den Krieg, der in Bogotas berühmter Haftanstalt „La Modelo“ zwischen den Gefangenen tobt. Sie prangert die Morde hinter den Gefängnismauern ebenso an, wie den Handel mit Waffen und Drogen, an dem auch das Wachpersonal beteiligt ist. Und seit Tagen erscheinen auf dem Display ihres Handys Sätze wie „Dein Tod naht“. Die zierliche Reporterin hat sich als die Ehefrau eines Gefangenen ausgegeben, um in die Haftanstalt zu gelangen. Und doch weiss der „Sicherheitschef“ eines inhaftierten

Paramilitärs, der sich telefonisch bei ihr meldet, dass sie für „El Espectador“ schreibt: „Der Boss will dich sprechen. Morgen um zehn. Allein.“ Jineth Bedoya willigt sofort ein; auf dieses Interview hat sie lange gewartet. Es überrascht sie weder, dass der Mann ihre Nummer hat, noch, dass das Treffen im Büro des Ge-

fängnisdirektors stattfinden soll.

Die Journalistin hat unzählige Einsätze im Konfliktgebiet hinter sich, und so wird sie auch nicht unruhig, als ihr der Wärter am nächsten Morgen am Gefängnisportal signalisiert, sie müsse noch kurz warten. Derselbe Wärter, der sich abwendet, als ein Mann sie von hinten angreift, sie zu Boden wirft und ihr ein übel riechendes Stück Stoff auf die Nase drückt, woraufhin sie das Bewusstsein verliert. Auch Polizisten, die keine zehn Meter entfernt an ihren Streifenwagen lehnen, geben vor, nichts zu sehen. Vierzehn Stunden befindet sie sich in den Händen der Peiniger, wird vergewaltigt, geschlagen und schließlich außerhalb der Hauptstadt aus einem Auto gestossen. Das war vor vier Jahren. Auch amnesty international hatte sich damals mit einer Eilaktion für die Journalistin eingesetzt.

In kaum einem Land leben Journalisten so gefährlich wie in Kolumbien. Seit Jahrzehnten werden sie von Autobomben der linken Guerilla zerrissen, von Kugeln der rechten Paramilitärs durchsiebt oder von Drogenbaronen gefoltert und hingerichtet. Fünf er-

mordete Reporter zählt Juliana Cano von der Journalistenvereinigung „Fundación para la Libertad de Prensa“ (FLIP) allein im Jahr 2003. Elf wurden entführt, 55 bedroht, darunter 20 Frauen. Gefährdet sind fast alle Journalisten, denn „eine der Kriegsparteien verärgern wir immer“, sagt Juliana Cano.

Doch nicht nur unbequeme Enthüllungsjournalisten werden bedroht. Seit Bedoyas Entführung im Mai 2000 wird deshalb unter Journalisten eine erstaunlich selbstkritische Debatte darüber geführt, ob die Ursache für den gewalttätigen Kampf gegen die Presse nicht auch im „fehlenden professionellen Können und einer hochgefährlichen Einseitigkeit“ der Reporter zu suchen ist. Das zumindest vermutet Hernando Corral, einer der renommiertesten Medienmacher des Landes. Nicht immer ist klar, ob der Journalist wegen seiner Recherche, seines politischen Engagements oder privater Verstrickungen zum Schweigen gebracht werden soll. Denn die Verflechtungen zwischen Politik und Journalismus sind in Kolumbien sehr eng. Vor allem in der Provinz ist es gängige Praxis, dass Journalisten einen Nebenjob als PR-Berater eines Politikers annehmen, um ihr geringes Gehalt aufzubessern. Bedroht werden Journalisten aber auch, weil so mancher ein Nebeneinkommen aus illegalen Geschäften der Drogenhändler bezieht oder sich sein Schweigen nach einer Enthüllung bezahlen lässt. „Medien und Kriminelle gehen oft gefährliche Allianzen ein“, sagt Miguel Lozano von „Telecaribe-TV“.

Am häufigsten bringen sich Journalisten in Gefahr, weil sie einseitig informieren – aus Unwissenheit, Angst oder Überzeugung. Nicht selten wird der Krieg bis in die Redaktionen getragen, wird auch mal ein Kollege denunziert – und somit der Guerilla oder den Paramilitärs ans Messer geliefert. „Es ist wahr, viele Kollegen haben eine gefährliche Nähe zu einer der Kriegsparteien entwickelt“, sagt Alvaro Sierra, leitender Redakteur bei „El Tiempo“, der größten Tageszeitung im Land.

Die Organisation „Medios para la Paz“ sieht diese Nähe zu den Informanten als Hauptrisiko für Journalisten. Das Ergebnis einer Studie der Journalistenorganisation stimmt nachdenklich: Zwei von drei befragten Reportern bestätigten, mit einer der Kriegsparteien zu sympathisieren, bezeichneten sich sogar als deren Sprecher. Und jeder dritte Befragte fand es in Ordnung, einseitig zu berichten.

Zu der Parteilichkeit trägt allerdings auch die in den Redaktionen gängige Praxis bei, dass ein Reporter meist nur auf eine Quelle angesetzt wird: entweder auf Paramilitärs, Armee oder Guerilla. „Dass sich da Sympathien entwickeln, lässt sich doch gar nicht vermeiden“, sagt Sierra.

Obwohl Kolumbien eine der breit gefächertsten Presrelandschaften Lateinamerikas hat, ist die Informationsvielfalt mehr als beschränkt: Rund 80 Prozent der von den Medien veröffentlichten Nachrichten stammen aus einer einzigen Quelle: dem Militär. Geprüft werden Informationen nur selten. Die Journalistenorganisation FLIP nennt dies „Militarisierung der Information“. Jaime Abello von der Stiftung „Nuevo Peri-

odismo“ spricht von einer gefährlichen Einseitigkeit: „Es kann nicht sein, dass sich Journalisten auf eine einzige Quelle verlassen, wenn ein Massaker mit 36 Toten vermeldet wird, und die Armee verkündet, das war die Guerilla.“

Dass die Medien mit dieser Praxis den Konflikt anheizen und selbst zu Akteuren des Krieges geworden sind, darüber ist man sich inzwischen nicht nur in den Redaktionen, sondern auch in den Chefetagen im Klaren. Die Schuld an den Missständen „tragen Reporter und ihre Chefs zu gleichen Teilen“, sagt Gloria Morena von „Medios para la Paz“. Denn, dass sie permanent unter Lebensgefahr arbeiten, dafür machen viele Journalisten auch die Redaktionsleiter und die Besitzer der Zeitungen und Fernsehkanäle mit verantwortlich. Schutz würde nur selten geboten. Vielmehr forderten sie ihre Reporter auf, in die Hubschrauber der Armee zu steigen – wissend, dass dies „fliegende Zielscheiben“ seien, kritisiert Abello.

Und doch hat die laute Forderung vieler Journalisten nach mehr Rückendeckung etwas bewirkt: Anfang vergangenen Jahres verabschiedeten führende Medienhäuser einen Leitfaden, wie sie im Krieg kompetent, ausgewogen, aufklärend berichten wollen. Außerdem verpflichteten sie sich, ihre Mitarbeiter künftig besser zu schützen und auf die Einsätze vorzubereiten.

Skepsis, dass diese Regelungen wirklich umgesetzt werden, ist dennoch angebracht. Jineith Bedoya wurde vergangenen August erneut entführt, dieses Mal von der Guerilla. Den gepanzerten Jeep samt Bodyguard, der ihr nach der ersten Entführung gestellt wurde, hatte man schon nach wenigen Monaten ohne jede Erklärung wieder abgezogen.

Martina Hahn

Die Autorin ist Journalistin und arbeitet für das Programm „Medien & Demokratie in Lateinamerika“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Lima, Peru.

Am häufigsten bringen sich Journalisten in Gefahr, weil sie einseitig informieren – aus Unwissenheit, Angst oder Überzeugung.



Die Medien sind selbst zu einem Teil des Krieges geworden.